

Stuttgarter Zeitung vom 27. Mai 2022

Frühere Synagoge in Bruchsal wird Bildungsort

Die jüdischen Religionsgemeinschaften in beiden Landesverbänden wollen ein gemeinsames Zentrum schaffen.

Stefan Jehle

Bruchsal. Ein Feuerwehrhaus am Standort der früheren jüdischen Synagoge – das war in Bruchsal lange Zeit eine eher zynisch anmutende Realität. Seit 2018 gibt es in der 45 000 Einwohner zählenden Stadt im Landkreis Karlsruhe umfangreiche Beteiligungsverfahren und Ideenwettbewerbe zur Umnutzung des Areals. Zunächst war ein „Garten des Gedenkens“ angedacht. Nun konkretisiert sich die Idee eines gemeinsamen Bildungszentrums der beiden Religionsgemeinschaften jüdischen Glaubens im Südwesten. Schon ab Ende dieses Jahres könnte das Programm starten.

Für Barbara Traub, die Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg, scheint es nicht mehr allein ausreichend, „den wieder wachsenden Antisemitismus“ zu bekämpfen. Mit dem Attentat von Halle im Oktober 2019 wuchs in ihr die Überzeugung, dass es – neben der „materiellen Aufrüstung“ der Gebäude und Gebetsorte – auch dringend jüdische Bildungsarbeit brauche. Man solle, sagt die nebenberufliche Lehrbeauftragte für interreligiösen Dialog und Judentum, auch zeigen, wie die Jüdinnen und Juden heute leben. Erst damit könne man Vorurteile abbauen.

Diesen Ansatz brachte den Antisemitismusbeauftragten des Landes, Michael Blume, zu der Idee, ein gemeinsames Bildungszentrum beider Religionsgemeinschaften jüdischen Glaubens im Südwesten zu schaffen. Schon davor hatte sich auch der Vorsitzende der Badischen Juden, Rami Suliman, mit den Möglichkeiten einer solchen Einrichtung befasst – im Rahmen des Ideenwettbewerbs zur Umnutzung des Areals beim Alten Feuerwehrhaus in Bruchsal. An ein Haus des Jüdischen Lebens, das Leben und Kultur der Juden im Südwesten darstellt und zugleich Geschichtsort sein soll, war gedacht. Die Ideenstränge sollen nun miteinander verknüpft werden. „Denkort Fundamente“ ist das Projekt überschrieben. Das ist „ein Meilenstein“, zeigt sich Bruchsals Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick (parteilos) überzeugt.

„Es ist das erste Mal, dass die beiden jüdischen Religionsgemeinschaften in Baden und in Württemberg etwas gemeinsam machen“, sagt Rami Suliman nicht ohne Stolz. Viele Gespräche hatten auch auf Landesebene stattgefunden – mit den zuständigen Ministerien, mit dem Landtagspräsidium. Rami Suliman gilt als ein wichtiger Motor des gemeinsamen Projekts. Für ihn erscheint „Begegnung“ und eine in die Zukunft gerichtete Arbeit „noch wichtiger als Erinnerungskultur“. Barbara Traub skizziert das Vorhaben, Seminare und Workshops anzubieten – in Zusammenwirken mit bestehenden Institutionen. Man habe bereits die notwendige Organisations- und Rechtsform erarbeitet.

„Eigentlich könnten wir Ende des Jahres loslegen“, sagt Traub. Das soll zunächst unabhängig von der Folgenutzung des vor einiger Zeit geräumten Feuerwehrhauses erfolgen – dort sind derzeit noch die Malteser drin. Der Platz der einstigen jüdischen Synagoge soll mit eingebunden bleiben. Durch einen mit dem Land geschlossenen Vertrag stehen den beiden jüdischen Religionsgemeinschaften derzeit etwa 270 000 Euro pro Jahr zur (personellen) Finanzierung eines solchen Bildungszentrums zur Verfügung.